

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)**

22 (19.2.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-225290](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-225290)

# Norddeutsches Volksblatt

## Organ für Vertretung der Interessen des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

**Abonnement:**  
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . . 1 M. 65 Pf.  
für 2 Monate . . . 1 " 10 "  
für 1 Monat . . . " 55 "  
excl. Postbefreiung.

**Erscheinung:**  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag  
**Inserate:**  
die viergespaltene Zeile 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.  
Postzeitungsliste Nr. 4757.

### Politische Rundschau.

Bant, den 18. Februar.

— Aus dem Reichstag. Der Reichstag führt bei dem Titel „Staatssekretär des Innern“ nun wieder Rothhandbehalten. Diesmal sind es aber nicht die Vertreter der Arbeiter, die dem Parlament den vorhandenen Rothhand zu Gemüthe führen wollen, sondern die Großgrundbesitzer, die über den Rothhand klagen. Die Hauptwortführer der Agrarier, als Graf Kanig, Mirbach und Mantuffel leiteten das Geplänkel ein und regnete es bittere Vorwürfe auf die Regierung und den neuen Kurs. Besonders war es der schwebende russische Handelsvertrag, den sie zum Gegenstand ihrer Angriffe machten. Von der Regierung traten der Reichskanzler, die Staatssekretäre v. Bötticher und v. Marschall den Agrariern entgegen. Von Seiten der Sozialdemokraten kritisierte Schulze-Königsberg die Klagen der Großgrundbesitzer. Diese minimalisten Agrarier wollen mit der Beschränkung der Freizügigkeit ein Ausnahmengesetz schaffen: nur um billige Arbeitskräfte zu haben, wollen sie die ausgebeuteten Arbeiter an die Scholle fesseln. Mit einem umfangreichen Material wies er den Herren nach, wie schlecht sie ihre Arbeitsteile lohnten und behandelten. — Im preussischen Abgeordnetenhaus war zur selben Zeit die selbe Debatte, da war es Herr Popelius, der mit der größten Offenheit dem neuen Kurs den Krieg erklärte und die Bismarck'sche Wirtschaft wieder herbeiwünschte.

— In der letzten Militärkommissionssitzung kam es endlich einmal zu einer prinzipiellen Abstimmung über die Dienstzeit. Zunächst wurde der Antrag Bebel, für alle Kruppen die zweijährige Dienstzeit gesetzlich einzuführen, abgelehnt; auch der Antrag Richter, vorläufig für die Fußtruppen die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzustellen, abgelehnt wurde aber auch der Antrag Benjamins, die zweijährige Dienstzeit für die Dauer der jetzigen Friedenspräsenzstärke festzusetzen. Schließlich lehnte die Kommission den Teil des § 1 der Reglementsvorlage ab, der von der zweijährigen Dienstzeit handelt. Dafür stimmten nur die Konfessionslosen und die Reichspartei.

— Die Fraktion der Polen wird, wie der Abg. v. Roszycki in einem Berliner Blatte mittheilt, die Militärvorlage unverändert annehmen oder nur für Abänderung stimmen, die der Regierung genehm sind. Das war von diesem Volksvertreter allerdings zu erwarten. Hauptsächlich wird bei einer Neuwahl — und nach der Stimmung unter der polnischen Bevölkerung ist es auch anzunehmen — mancher dieser edlen Polen für seine Zustimmung durch einen Wahlzettel all belohnt werden.

— In Berlin fand am Mittwoch eine Volksversammlung, um für die Militärvorlage Stimmung zu machen, statt. Es sprachen die Professoren Delbrück und Wagner, sowie der Militärschriftsteller Boguslawski. Wie wenig das Volk mit der Versammlung zu thun hatte, zeigt, daß noch nicht mal tausend Personen sich eingefunden haben. Sie nahm die übliche Resolution an, worin die Militärvorlage als eine politische Nothwendigkeit, das deutsche Volk als oporterwillig und leistungsfähig erklärt wird. Freiherr Wilmowitz plärrte für Monopole; dann hätte man Geld genug. — Wann sie glauben, reich genug zu sein, um die neue Last tragen zu können, gut, kann mögen sie nur gefälligst den Bräutel ziehen.

— Was uns der Militarismus kostet, darüber belehren in ganz vorzüglicher Weise zwei Berechnungen über die Finanzlage des Reiches, welche vom Reichschatzamt der Militärkommission des Reichstages vorgegangen sind. Danach hat nach der allgemeinen Rechnung für 1879/80 die Summe der fortwährenden Ausgaben der Verwaltung des Reichsbezirks betragen 315 232 955,99 M., einschließlich der bayerischen Quote mit 41 271 544 M., nach dem Entwurf für 1893/94 beträgt die Gesamtsumme 728 172 899 M., die bayerische Quote 49 580 871 M. Die einmaligen Ausgaben betragen im ordentlichen Etat für 1879/80 7 989 689,28 M., 1893/94 im Entwurf 43 103 014 M., im außerordentlichen Etat 1879/80 38 162 895,08 M., 1893/94 114 023 026 M. Das ergibt für 1879/80 eine Gesamtsumme von 361 385 520,35 M., nach dem Entwurf für 1893/94 885 298 939 M. Weiter hat das Reichschatzamt zusammengestellt die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, welche auf Grund bestehender Gesetze oder mit Zustimmung des Reichstages eingeleiteter Aufwendungen voraussichtlich innerhalb der 5 Etatsjahre 1894/95 bis 1898/99 zu leisten sein werden. Derselben berechnen sich für 1894/95 auf 25 348 565 M., für die folgenden vier Jahre auf etwa 79 112 135 M., und zwar 1) beim außerordentlichen Amt auf 3 087 300 M. und 12 029 200 M., 2) beim Reichsamt des Innern auf 1 970 360 M. und 1 389 440 M., 3) bei der kaiserlichen Marine auf 18 888 155 M. und 69 693 495 M., 4) bei der Reichs-

Justizverwaltung auf 1 152 750 M., für später ist ein Anschlag nicht erbrocht, 5) beim Reichs-Schatzamt an 250 000 M. und 1 000 000 M. Also von 1879/80 bis 1893/94 ist der Militäretat von 361 auf 885 Millionen gewachsen. Dabei ist aber noch nicht mitgerechnet der Zuwachs der Zinsen, welche für die zu Militärzwecken erhobenen Anleihen auszubringen sind. Gleichwohl will man immer neue unerhörtere Lasten auf die Schultern des Volkes legen. Es ist wahrlich an der Zeit, daß das Volk durch den Mund seiner Vertreter mit einem entschiedenen Nein antwortet.

— Eine Erbschaft zum reussischen Landtage findet am 16. Februar in Schleiz statt. Von den dortigen Genossen ist als Kandidat unserer Partei Genosse Hugo Ködiger aufgestellt. Am Sonntag ist in allen Orten des Wahlkreises ein sozialdemokratisches Flugblatt verteilt worden, wobei die Beobachtung gemacht wurde, daß die Landbevölkerung diesmal für unsere Vorträge regeres Interesse hat als sonst. Auf alle Fälle können wir eine beträchtlichere Steigerung unserer Stimmzahl erhoffen.

— Der Redakteur Cronheim vom „Vormärts“ tritt eine dreimonatliche Festungshaft in Slog an. Nach Verbüßung der Strafe übernimmt er die Redaktion der „Neuen Welt“ in Hamburg. Der bisherige Redakteur dieses Unterhaltungsblattes tritt wieder in die Redaktion des „Vormärts“ ein.

— Rein Rothhand in Mannheim. Zur Illustration der Ausführenden des Abgeordneten Scipio im Reichstag über den Rothhand in Mannheim veröffentlicht die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme“ das Ergebnis der Anfangs Dezember v. J. aufgenommenen Statistik über die Arbeitslosigkeit. Danach haben sich in die Listen eingeschrieben 1072 Personen, welche insgesammt 51 552 Tage arbeitslos waren. Die meisten Arbeitlosen gehören der Kategorie der Tagelöhner und der Bauhandwerker an.

— Neues aus der „Ferienkolonie“. In Magdeburg hatte am vergangenen Montag der Ausleiter B. seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Ueber die Beweggründe des Unglücklichen zu dieser That erzählt nun dessen Mutter aus der Redaktion der Magdeburger „Volksstimme“ folgendes: „Kam 18 Jahre alt, trat mein Sohn freiwillig — aus Liebe zum Soldatenstande — in die Armee ein. Aber schon nach zwei Wochen, also im November 1892, erkrankte er mir, er wäre vom Unteroffizier Dinze geschlagen worden; derselbe hätte ihn sodann an der Brust gefaßt und an den Schrank geworfen. Der Rühmthelle ging in's Lazareth und blieb dort ca. sechs Wochen. Zu Kaisers Geburtstag konnte er das Krankenhaus verlassen, aber bald darauf klagte mir mein Sohn, daß die Mißhandlungen wieder an der Tagesordnung wären. Unteroffizier Dinze hätte ihn am Daise gepackt und die Gurgel so fest zugegriffen, daß er ganz blau geworden und dem Erstickn nahe gewesen wäre. Hierauf hätte der Unteroffizier die Peitsche ergriffen und den Rücken des jungen Soldaten bearbeitet und sodann dem Schretzen befohlen, dem schon arg Mißhandelten noch zwei Dutzeln zu verabreichen. Am Vorabend des traurigen Ereignisses besuchte mich der Sohn in Begleitung eines Freundes und sagte mir ganz offen: „Mutter, ich kann's nicht mehr ertragen, sie haben mir meine Ehre und den Werth meines Lebens geraubt! Du siehst mich zum letzten Mal!“ Ich riefte — erzählte die Frau, ganz in Thränen aufgelöst, weiter — seinen Kollegen an, meinen Sohn ja im Auge zu behalten, denn ich sah es dem Jungen an, daß ihn die bitterste Verzweiflung erfaßt hatte. Aber es half nichts. In derselben Nacht nahm er sich das Leben, um so den Verfolgungen des Unteroffiziers Dinze zu entgehen. — Von demselben Unteroffizier wird noch weiter erzählt: „Eines Abends kam er in animerter Zustand auf die Straße Nr. 35. Dem bereits schlafenden Einjährig-Freiwilligen R. rief er die Decke herunter, und als dieser den Angreifer zurückwies, sagte lesterer: „Ah, Sie sind es! Warten Sie mal, ich zeige Ihnen was.“ Er griff nach der Peitsche, schredte die Soldaten aus dem Schlafe und verankaltete mit der Peitsche in der Hand eine förmliche Hetzjagd. Er schlug so lange auf die jungen Leute los, bis sie sich auf die Schranke verflochten. An diesem Schauspiele ergrübelte sich nun Herr Dinze, der sich übrigens bereits hinter Schloß und Riegel binden soll.“ — Wir enthalten uns, bemerkt dazu die „Volksstimme“, jeder weiteren Bemerkung und erfüllen nur unsere publizistische Pflicht, indem wir Mißstände aufdecken, die jeder Mensch — mag er Sozialdemokrat oder Konfessionslos sein — auf's Entschiedenste verurtheilen muß.

— Vom Saarkloster. Ottweiler Bürger haben an die Igl. Bergwerkdirektion ein Gesuch um Wiederanstellung der abgelegten Bergleute unter Berufung der Wirkung dieser Maßregelung auf die Armen- und

Gemeindeverwaltung gerichtet. Das Gesuch wird abgewiesen. Noch deutlicher drückt sich die Bergbehörde in ihrem Organ, dem „Bergmannsfreund“, über die Frage der Wiederanstellung der wegen ihrer Vertheiligung am jüngsten Ausstand entlassenen Arbeiter aus. Danach wird von den für immer Abgelegten Niemand wieder zugelassen werden; die bis auf Weiteres von der Arbeit Zurückgenommenen aber haben, von vereitelten besonderen Ausnahmefällen abgesehen, in den nächsten Monaten (früher hieß es, in der nächsten Zeit) keine Aussicht auf Wiederannahme. Der „Bergmannsfreund“ giebt den Entlassenen den billigen Rath, sich sobald wie möglich nach anderweitiger Beschäftigung umzusehen. Aus diesen wiederholten, amtlichen und halbamtlichen Erklärungen darf man schließen, daß es der Behörde mit ihrem Entschlusse längerer Ablegung volliger Kraft ist. Daß solche grausame Strenge nicht zur Veröhnung der erbitterten Bergleute beitragen kann, liegt auf der Hand. Nun, wer Wind sät, wird Sturm ernten.

— Gleiche Seelen finden sich! Die Unabhängigen sind in eine Gesellschaft gerathen, um welche wir sie sicher nicht beneiden. Eugen Richter Arm in Arm mit den revolutionären „Unabhängigen“! Diese That sache ist zwar nicht besonders auffallend, sie beweist aber wieder, daß die Theorie der Anarchisten nicht weiter ist, als die Randsterntheorie und daß der Gegenwartsstaat jener „Idealzustand“ ist, welchen der Individualismus seitigt. Zu jenen Schwachköpfen, welche in der Zukunftsstaats-Debatte eine gründliche Niederlage der Sozialdemokraten erliden, gehören natürlich auch die Unabhängigen. Der „Sozialist“ brachte einen Artikel, in welchem es heißt: „Der Gedanke der Sozialdemokratie von einer alles richtenden und regelnden Gesellschaft scheint uns thätlich in dem Reichstage gründlich Frasto gemacht zu haben.“ Richter druck den Artikel in der „Frei. Ztg.“ ab und erklärt sich ganz damit einverstanden, mit Ausnahme des Schlusses, zu welchem Richter bemerkt: „We sich aber nun der „Sozialist“ selbst die Zukunft denkt, ist noch konfus, als die Vorstellungen der Sozialdemokratie sind. Der „Sozialist“ weiß nämlich über seine eigenen Zukunftsziele nichts anderes als folgende Phrase vorzubringen: Die Produktionsgruppen der Zukunft werden sich frei vereinbaren, sie werden da und dort in einen frühlichen Wettkampf mit einander eintreten, sie werden nicht von oben im Namen der „Gesellschaft“ zu diesen oder jenen Berrichtungen gezwungen werden, sondern nach eigenem Ermessen und in eigenem Interesse ihren wirtschaftlichen Arbeiten obliegen.“ Werthwüdig ist es allerdings, daß sich Richter mit diesem Satze nicht einverstanden erklärt. Die Produktionsgruppen der Gegenwart — Aktiengesellschaften — vereinbaren sich frei und treten in einen „frühlichen“ Wettkampf mit den Andern. Wer in dem Kampf verliert, macht bankrott. Die Produktionsgruppen der Gegenwart werden zu ihren Berrichtungen nicht gezwungen, handeln ganz nach eigenem Ermessen und obliegen ihren Arbeiten im eigenen Interesse.“ Was Richter gegen den „Zukunftsstaat“ der Unabhängigen einzuwenden hat, bleibt uns daher unerklärlich. Willst du gelangt es Richter, sich über diese „Phrasen“ mit seinen revolutionären „Gefinnungsgenossen“ zu verständigen. Wir gratuliren.

— Der „Sieges“-Jubel der gesammten kapitalistischen Parteien über die angebliche Vernichtung der Sozialdemokratie wird vom „Waterland“-Sigi in treffender Weise verpöht. Er schreibt: „Die Liberalen leben in den Reden Bachems, Stummus, E. Richters und Stöckers gegen die Sozialdemokraten ein „vernichtendes Strafgericht“ für sie oder vielmehr, sie bilden sich ein oder geben sich den Anschein, in dem Streitgewäh der vereinigten „Bourgeois“ aller Farben so was zu sehen. Wir begreifen nicht, wo denn ein „Strafgericht“ und gar ein „vernichtendes“ sei, wenn auf die iberischen Anpassungen und Fragereien der Bachem u. bezüglichen des sozialdemokratischen „Zukunftsstaates“ die Sozialdemokraten es nicht der Mühe werth finden und sich weigern, auf dies unnütze, Ewede einzugehen und auf die perfid neugierigen Fragereien Reue zu setzen. Bachem würde es nicht anders machen, wenn man ihn andohten wollte, wie er und seine Leute sich den Zukunftsstaat nach dem Herzen derer vom Zentrum vorstellen, und item Eugen Richter, wenn man ihm wegen des Zukunftsstaates der „fortschrittlichen-Republikaner“ und liberalen Juden auf den Zahn fähle, und wenn sie redeten, kämen nichts als schöne Phrasen und viele heuchlerische Lügen zum Vorschein, welche die Sozialdemokraten verschmähen. Mag der Zukunftsstaat so oder so ausfallen, das ist auf alle Fälle Sache der Zukunft; die Sozialdemokraten halten sich einmüthig an die Gegenwart und ihre Zustände, und damit haben sie Recht. Alles andere ist vom Schwindel. Ichricht im höchsten Grade aber, wenn auch sehr begreiflich ist es, wenn die buntfarbige Koalition der Bachem, Richter u. f. w. — sich nicht, aber Anderen weiß machen wollen, daß ihre Redereien, auf

welche sie nicht die gewünschte Antwort erhalten haben, deshalb eine „vernichtende Niederlage“ für die Sozialdemokraten sein sollen, welche die Redereien einfach für dummes Zeug und leeredrohendes Stroh erklärten, mit dem sich weiter zu befassen ihnen nicht der Mühe werth sei. Um eine Niederlage erlitten zu haben, tragen die Rebel und Liebknecht der Kopf noch viel zu hoch; wer eine Niederlage erlitten, läßt den Kopf und die Ohren hängen. Entscheidend ist nicht, wie die Vachem und Stöcker und Richter, sondern wie die Sozialdemokraten über „Niederlage“ denken; die meinen aber, es sei dem Richter und Stöcker und Vachem beimgeleuchtet worden und eine andere Meinung wird ihnen das Siegesgeheul ihrer vom Zentrum zc. nicht beibringen.

— Kaufmann und Reservelieutenant. Der Vorstand der Turngemeinde zu Kington am Main, der Kaufmann und Reservelieutenant E. Garasch, erhielt vom Bezirkskommandeur, Oberlieutenant, Stöcker, die Aufforderung, seine Vorlandtschaft niederzulegen. Dies wurde damit begründet:

„In einem Turnverein befänden sich viele junge Leute, die im Militärverbande stehen und in diesem Verbande Gemeine oder Unteroffiziere seien. Als Vorstand eines Vereins sei jedoch ein Reservelieutenant gezwungen, freundschaftlichen Umgang mit den Militärs zu pflegen. Dies sei aber eines Reservelieutenants unzulässig, namentlich, wenn sich unter den Mitgliedern Leute befänden, die ihm im Militärdienst untergeben sind.“

Es ist dies eine gute Lehre für die bürgerlichen Kreise, welche es sich zur besonderen Ehre schätzen, des Verkehrs mit einem Reservelieutenant gewürdigt zu werden oder einen solchen als Vorstandsmittglied in ihren Reihen zu sehen.

— Erdbeben. Aus Saloniki wird gemeldet: Die Insel Samothrace ist durch ein Erdbeben, welches am 11. Februar begonnen und sich am 13. zu einer vollständigen Katastrophe entwickelte, völlig verwüstet worden. In Rastro ist kein Haus unbeschädigt geblieben, zahlreiche Menschen sind ums Leben gekommen. 6000 Personen kämpften im Freien. Auch auf den umliegenden Inseln wurden Erdstöße verspürt.

**Oesterreich.**

Prag, 16. Febr. Die streikenden Brüder Kohlenarbeiter beifolles, bei der morgigen Frühlicht bedingungslos aufzuhören, vorausgesetzt, daß die Werke seine weiteren Arbeiter Entlohnungen vornehmen. Bei Nichtwillfährdung des letzteren Wunsch hätte ein allgemeiner Streik zu beginnen, jedoch erst nach vorhergegangener 14tägiger Kündigung. Bei der Nachsicht fuhren fast sämtliche Arbeiter an.

**Frankreich.**

Paris, 16. Febr. Das Schwurgericht verurtheilte heute den vormaligen Senator Leguay zu 5 Jahren Gefängnis und 3000 Frs. Geldbuße, den Kassirer Prevost zu 3 Jahren Gefängnis und 100 Frs. Geldbuße wegen Unterschlagung von Schäden der Panama-Gesellschaft in Mitschuld des fälschlichen Aktens, gegen den sich das Gericht seine Beschlüsse vorbehält.

— In der Deputirten Kammer erhielt am Donnerstag nach einer lebhaften und langen Debatte über die allgemeine Politik das Kabinett Ribot wieder einmal ein Vertrauensvotum. Bei der Beratung des Budgets wurde ein Antrag mit 307 gegen 145 Stimmen angenommen, monach eine jährliche Steuer von 10 Frs. auf Pianos eingeführt wird.

**Schweiz.**

Zürich. Ueber das Auslieferungsvorhaben Köhler wird aus Bern gemeldet. Da die deutsche Reichsregierung im Rückstände ist mit der Vervollständigung der Akten im Fall des deutschen Sozialdemokraten Köhler in Zürich, dessen Auslieferung sie verlangt, und da Köhler, der mit seiner Familie in Zürich wohnt, überdies nicht der Flucht verdächtig erscheint, hat der Bundesrath verfügt, Köhler sei gegen die Leistung von 2000 Fr. Kaution provisorisch in Freiheit zu setzen.

**Aus Stadt und Land.**

Vant, 18. Febr. Die am Donnerstag Abend im Brumund's Lokal stattgehabte Monatsversammlung des Bürgervereins Vant erzielte sich eines sehr guten Besuchs. Die Zahl der Mitglieder wächst von Versammlung zu Versammlung. So ließen sich auch diesmal wieder 11 neue Mitglieder aufnehmen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß das Interesse für unsere kommunalen und Gemeindeangelegenheiten immer mehr zum Vorschein gelangt. Nachdem der geschäftliche Theil in der üblichen Weise erledigt, boten einige Beschlüsse der lehen Gemeinderathssitzung Anlaß zu einer fast zweistündigen Debatte, deren Ergebnis folgendes war: 1. Die Tagesordnung der Gemeinderathssitzungen möge mindestens 8 Tage vor der Sitzung bekannt gemacht werden, damit eventuell eine Bürgervereinsversammlung vorher ebenfalls darüber berathen könne um dadurch die Vertreter im Gemeinderath von der Stimmung ihrer Wähler über diesen oder jenen Punkt zu unterrichten. 2. Der Vorstand wurde dahin beauftragt, den Gemeinderath zu ersuchen, derselbe möge einen in der letzten Sitzung beschlossenen Steuererlass in der nächsten Gemeinderathssitzung rückgängig machen, da die Aufrechterhaltung dieses Erlasses unangebne Folgen nach sich ziehen dürfte. Zur Beleuchtungsfrage wurde beschlossen, die ministerielle Entscheidung über die Neubremer Beleuchtungsangelegenheit abzuwarten. Nachdem noch einige untergeordnete Angelegenheiten als: Verkauf des Stiftungsgelbes, Einfriedigung der Gänge zwischen den fiskalischen Gebäuden und Anderes ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung um 12 Uhr vom 2. Vorsitzenden geschlossen,

da mittlerweile der 1. Vorsitzende seinen Posten niedergelegt hatte.

**Wilhelmsbuden, 18. Febr.** Der deutsche Kaiser, der gestern und vorgestern hier anwesend war, und der Verewidigung der Rekruten beizuohnte, hielt nicht, wie man hier erwartet hatte, bei dieser Gelegenheit eine politische Rede, sondern wies in seiner Ansprache auf die Verpflichtung hin, welche die Rekruten durch den Fahneneid übernommen und knüpfte daran die Erwartung, daß sie dieser Pflicht eingedenk und wenn an sie der Ruf erginge, mit Freuden bereit sein würden, den letzten Blutstropfen für Kaiser und Reich zu opfern.

**Wilhelmsbuden, 18. Febr.** Auf dem Banzerchiffe „Friedrich der Große“ wird, wie wir festzustellen in der Lage gewesen sind, anstatt guter Naturbutter, Margarine zum Kochen der Speisen für die Mannschaften verwendet. Unseres Wissens ist die Verwendung von Margarine beim Reichsheer wie bei der Marine nicht gestattet und muß die Liebertragung dieses Verbotes deshalb schon be fremden. Sollte es jedoch von oben herunter neuerdings verordnet worden sein, so wäre das entschieden zu verurtheilen. Die Marinemannschaften bedürfen bei ihrem schweren Dienste und bei der häufigen Entbehrung von frischem Fleisch, Gemüse u. s. w. wenigstens einer guten Naturbutter und halten wir selbst die beste Margarine nicht für einen entsprechenden Ersatz.

**Wilhelmsbuden, 18. Febr.** Gestern wurde unsere Einwohnerschaft um die Mittagszeit durch das Feuerignal erschreckt. Es brannte auf dem londernirten Panzerchiff „Kronprinz“, das vor seiner Kammer im Ausrüstungshafen lag. Die Werftfeuerwehr und die Mannschaften der im Hafen liegenden Schiffe waren bald zur Stelle und in kurzer Zeit Herr des Feuers, das trotz des schnellen Eingreifens erheblichen Schaden angerichtet hatte. Wie wir hören, ist das Feuer in der Deckoffiziersmesse ausgebrochen und hat sehr schnell um sich gegriffen, so daß außer diesem Raum auch die Offiziersmesse und die Offizierskajüten ausgebrannt sind.

**Wilhelmsbuden, 18. Febr.** In seiner gestrigen Versammlung beschloß der Wilhelmsbudenener Schiffsverein sein diesjähriges Schiffsfest am 4., 5. und 6. Juni zu Kopperhöden im Mahlgarten und der gegenüber liegenden Wiese abzuhalten. Der Stadtheil Etap wäre also nun wahrscheinlich fast immer das Fest los, worüber wohl die meisten Anwohner nicht betrübt sein werden.

**Oldenburg, 17. Februar.** Die Versammlung am nächsten Sonntag in Raftede war noch nicht einmal besamt gemacht, da gab schon das Philistertum seine Angst zu erkennen. Der „Oldenb. Ztg.“ vom Dienstag berichtet man aus Raftede, daß die Sozialdemokraten dort dem Anschein nach durchaus festen Fuß fassen wollten, was ihnen hoffentlich nicht gelingen werde. In Ermangelung eines größeren Votales beabsichtige man, die Versammlung in einer Langbude abzuhalten. Wir würden diesmal aber nicht so viel Widerspruch und „Widerlegungen“ zu hören bekommen, da wohl nur einzelne Bürger einen solchen Versammlungsort bejucken würden. — Schade das, wir wünschen, daß sämtliche Gegner der letzten Versammlung auch zu dieser kämen, wo sie mit ihren „Widerlegungen“ gründlich ins Wasser fallen würden. Aber der Teufel ist um Ausreden nicht verlegen. Nachdem man uns die Lokalitäten abgetrieben und uns nichts anderes übrig bleibt, als eine Langbude zu benutzen, entschuldigt man das Fernbleiben schon vorher damit, daß man „einen solchen“ Versammlungsort nicht bejuckt — natürlich um nicht die Wahrheit hören zu müssen! Uebrigens wollen wir verrathen, daß wir nicht festen Fuß fassen wollen, sondern bereits gefast haben, dafür haben die wirtschaftlichen Verhältnisse und unsere Gegner genügend gejort und bei der nächsten Reichstagswahl wird man die Früchte erkennen.

**Oldenburg, 18. Februar.** Beim Landtage sind folgende Petitionen eingegangen: 1) eine Petition der Kolonisten zu Eltabethöhe um Erweiterung der Zorlieferung an die Eisenbahnerwaltung. Das zu liefernde Quantum schwankte bisher zwischen jährlich 100 000 bis 150 000 Zentner, der Preis zwischen 28 bis 35 Pf. per Zentner. Im verflohenen Jahre seien nur 50 000 Zentner zu liefern ihnen angeboten. Ihre Erhellen von dem Absatz ihres Tories abhängig und bitten Petenten zu veranlassen, daß sie jährlich 130 000—200 000 Zentner à 35 Pf. an die Eisenbahndirektion abgeben können. 2) Folgende Petition des Gemeinderaths in Lohne: „Ein hoher Landtag wolle geneigt sein beschließen, daß das bereits im Jahre 1890 genehmigte Projekt des Anbaues der Linie Bechta-Lohne bis Desepe noch in diesem Jahre in Angriff genommen, daß aber dabei von der Forderung eines zehnprozentigen Zuschusses zu den Baukosten Abstand genommen werde.“

**Oldenburg, 18. Februar.** Nach dem im Landtage vorgelegten Gesetzentwurf über den Rehrbedarf des Eisenbahn-Erneuerungsfonds hat die Eisenbahnerwaltung in der Eratperiode 1891/93 die bewilligten Mittel um 1 315 000 Mark überschritten. Die Regierung bearrtragt diese Summe durch eine Anleihe zu decken.

**Oldenburg, 17. Febr.** „Kritische Tage, Sündfluth und Siegeit“ lautete das Thema, über welches gestern Abend im Kasinoaal der seit einigen Jahren durch vorherige Ankündigung kritischer Wettererörterungen bekannte Professor Rudolf Falb einen reichlich anderthalbstündigen Vortrag hielt. Der Besuch war ein sehr spärlicher, der seinen guten Grund darin hatte, weil der Zutritt eine Mark kostete und unter zahlungsunfähigen Bürgerthum im Allgemeinen wenig oder gar kein Interesse für die Wissenschaft hegt, sondern lieber für einen Antiquitätenraub 30 oder 50 Pf. gibt. Der Vortrag des Herrn Falb war äußerst interessant und wollen wir unseren Lesern daher einen kurzen Auszug nicht vorenthalten. Daß der Mond

auf die Bitterung Einwirkung habe, führte Herr Falb aus, sei ein alter Volksglaube; doch habe die Wissenschaft erst in neuerer Zeit hierüber Positives zu Tage gefördert. Auch er sei früher ein Gegner dieser Anschauung gewesen und habe in Graz in diesem Sinne einen Vortrag gehalten. Während nun seine Gegner auf seinem Standpunkte stehen geblieben, sei er fortgeschritten zu unterlagen und zu beobachten. Er habe sich gesagt, wenn der Mond die gewaltigen Eresmogon so zu beeinflussen im Stande sei, daß er Ebbe und Fluth erzeuge, so sei es nicht ausgeschlossen, daß er auch auf die Luftwellen und damit auf die Bitterungsverhältnisse bestimmend einwirke. Nach langjährigen Studien sei er zu dieser unumstößlichen Thatsache gelangt, die auch von der Wissenschaft anerkannt wurde. Zwei andere Bitterlandige, ein Professor in Kaden und ein Beamter der Deutschen Seewarte in Hamburg, hätten ebenfalls die Entdeckung gemacht, welche merkwürdigerweise in ihren Einzelheiten vollständig übereinstimmen. Herr Falb erläuterte nun die Entstehung von Niederbitterungen zc. durch die sog. Passatwinde. Die warme Luft in der Nähe des Aequators, welche daselbst alle Feuchtigkeit aufnehme, habe das Bestreben, sich in die Höhe zu begeben, und ziehe dann nach dem Nord- und Südpol ab, während von den Polen her eine kalte, schwere und daher tiefliegende Luft dem Aequator zuwebe und dort den Raum der abziehenden Luft ausfülle, wie auch umgekehrt. Die nach den Polen abziehende Luft entlere sich dann nach und nach, je nachdem sie mehr oder weniger abgekühlt sei, ihrer Feuchtigkeit in Form von Regen, Schnee und Eis. Wirke nun der Mond durch einen ungewöhnlichen Moment auf die Luftströmungen ein, so daß diese ungewöhnlich schnell vorwärts eile und uns in Folge dessen nicht so abgekühlt erreiche, dann seien die Niederbitterungen naturgemäß heftiger und reichlicher. Wie mit der Luftströmung, so verhalte es sich auch mit der kalten und warmen Wasserströmung, welche letztere man Golfströme nenne. Westeuropa werde z. B. vom Golf von Mexiko beinflusst und wenn dieser nicht vorhanden wäre, so hätten wir nicht ein so mildes Klima. Um nun die kritischen Tage vorher bestimmen zu können, habe man 6 Punkte, d. h. 6 Veränderungen resp. Vorkommnisse im Mondeslaufe zu beobachten (Mondhöhe, Mondfernheit, Mond- und Sonnenfernheit zugleich zc.) Die Einwirkung des Mondes gebe sich hierdurch kund in Gestalt von Wintergemüthern, Orkanen, Erdbeben, schlagenden Wettern u. s. w. Ein minder kritischer Tag, zweiter oder dritter Ordnung, sei nicht so genau vorher zu bestimmen, wie ein solcher erster Ordnung; er könne manchmal 3, 4 oder 5 Tage verspätet eintreffen, während jener zu früh eintreffen könne. Das neuliche Erdbeben in Jante sei z. B. einen Tag vor dem bezeichneten Tage eingetroffen. Am 28. März 1892, welchen Tag Herr Falb als besonders kritischen bezeichnet, habe seine Theorie auf dem Spiele gestanden. Den ganzen Monat hindurch seien ganz außer gewöhnlich wenig Niederbitterungen und selbst einige Tage vor dem 28. nur einige Millimeter zu verzeichnen gewesen, so daß er selbst zweifelhaft geworden und sich diese Thatsache nicht habe erklären können. Möglic seien nun die Niederbitterungen auf über 100 und anderen Tages auf über 300 Millimeter gestiegen. Aber am 28. hätten dennoch die Berliner Zeitungen schreiben können, daß der 10. kritisch sein sollende Tag so besonders schön sei. Während jedoch das Publikum dies gelesen, sei gegen 7 Uhr das furchtbare Wetter losgegangen, so daß er es sich kaum schlimmer vorgestellt habe. In diesem Jahre seien der 18. März, 16. April und 9. Oktober kritische Tage erster Ordnung, besonders der 18. März. (Fortf. folgt.)

**Standesamtliche Nachrichten**

der Gemeinde Vant vom 8. bis 16. Februar 1893.  
 Geborene: Ein Sohn: dem Tapezier C. F. 2. Schindler, dem Schneider C. H. 2. A. Kohn, dem Schriftführermann C. H. G. Schär, dem Maler C. G. B. de Boer, dem Fuhrwerkmeistermann D. W. Jacoby, dem Werftarbeiter D. G. W. Wille, dem Schmidt J. C. Weber, dem Zehrer 2. D. M. Hoyer, dem Werftarbeiter C. D. Dertel; eine Tochter: dem Bureauanier A. Wojciksch, dem Schmidt D. A. Ding, dem Maschinenbauer F. I. D. Duppel, dem Maschinenbauer 2. D. Kalschun, dem Maschinenbauer C. 2. Schumann, dem Arbeiter D. 2. Onnen, dem Dekorationsmaler C. F. M. Kofe. Außerdem gelangten 3 uneheliche Geburten (2 Knaben und 1 Mädchen) zur Anmeldung.

Aufgeborene: Der Schmidt A. G. Bertelsen und J. W. J. Wöphalen, geb. Jants, beide zu Neubremen, der Dienstherr J. G. Hartens zu Vant und 2. W. Schling zu Bantersbich, der Tischler C. W. Erdmann und C. F. J. Schmitz, beide zu Vant, der Metzger F. J. Kony K. 2. Kinnner, beide zu Vant.

Verheiratet: Maschinenbauer F. Felzer und L. R. J. Senerin, geb. Heeren, beide zu Vant.  
 Gestorben: Sohn des Resillmieds D. Siek, 8 M. alt, der Zimmermann C. M. Sauerbier, 63 J. alt, Sohn des Schiffzimmermanns C. D. G. Schär, 5 1/2 J. alt, S. des Schmieds J. C. Weber, 2 St. alt, der Polizeiergant a. D. J. C. F. 2. G. Befe, 66 J. alt.

**Vereins-Kalender.**

- Vant-Wilhelmsbuden.**  
 „Verband der Maurer“. Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Feld.  
 „Verein deutscher Schuhmacher“. Montag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Feld.  
 „Verband deutscher Tischler“. Mittwoch, den 22. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Feld.  
 „Verband der Bauarbeiter“. Mittwoch, den 22. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann, „Zur Arche“.  
 „Fachverein der Dachdecker“. Donnerstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann.  
 „Verband deutscher Zimmerer“. Freitag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Thumann.  
 „Regel-Klub Bormärts“. Sonnabend, den 25. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Thumann.

— Hierzu eine Beilage, sowie die illustrierte Unterhaltungs-Beilage „Neue Welt“.

Oldenburg. Oldenburg.

Öffentliche

# Volks-Versammlung

am Montag den 20. Februar, Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
in Ratjen's Saale in Eversten.

Tages-Ordnung:

1. Die Ursachen und Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges und der Sozialismus und Antisemitismus. Referent: Cigarren-Fabrikant Schmalfeldt aus Bremerhaven.
2. Diskussion.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

Vor Vergrößerung und Umbau meines Hauses  
eröffne für die ganze Frühjahrs-Zeison

## Ausverkauf

meiner sämtlichen ganz enormen Konfektionslager  
zu sehr niedrigen Preisen.

### Konfirmanten-Anzüge

à 8, 8,25, 12,50, 16, 18, 20, 23 Mk. von Ramm garn à 19, 21, 23,  
25, 27 Mk. in den richtigsten Façons, reell und dauerhaft,  
in eigener Werkstatt gearbeitet.

## Julius Schiff,

M. Philipson Nachfolger,  
Bismarckstraße 12.

## Gasthof „CAP HORN“

E. Decker, Kopperhörn.

Sonntag, den 19. Februar 1893:

## Große Spezialitäten-Vorstellung

ausgeführt von Künstlern ersten Ranges.

Raffendöffnung 7 Uhr. Entree 50 Pfg. Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

E. Decker.

2 Mk. 50.  2 Mk. 50.

## Hut = Bazar!

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in dem von mir seit 17 Jahren  
in Velfort betriebenen Kürschner-Geschäft einen

2 M. 50 Pfg. = Hut = Bazar.

Jeder steife und weiche Herren-Filzhut, in  
allen Farben und neuesten Façons, aus gutem Filz  
mit Atlasfutter und guten Bändern, kostet nur

Mk. 2.50.

Es soll mein Bestreben sein, einen guten, dauerhaften Herrenhut  
für diesen kolossal billigen Preis liefern zu können, um dadurch meinem  
neuen Unternehmen eine feste Grundlage zu sichern.

## Magnus Schlöffel,

Kürschner, Bant, Werftstr. 17.

„Flora“, Bismarckstrasse 46. 101

Heute Sonntag:

## Gross. öffentlicher Ball

in meinem neuerbauten großen Saale.

Entree 30 Pf., wofür Getränke.

Es ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

M. Weiske.

## Verkauf.

Der Kohlenhändler Fr. Büttemeyer  
zu Neubremen läßt am

Mittwoch den 22. d. Mts.

Nachmittags 2 Uhr aufo.

bei seinem Hause

40 bis 50 Hausen tannene  
Baumstämme in verschiedener  
Stärke

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend  
verkaufen.

Neuende, 16. Februar 1893.

J. Gerdes,  
Auktionator.

## Herm. Onnen,

Tapezier und Dekorateur,

Wilhelmshaven,

empfiehlt sein Lager

moderner Polstermöbel.

Anfertigung sämtlicher Polster- und Deko-  
rationsarbeiten in geschmackvoller Ausfüh-  
rung. Aufpolstern von Möbeln u. Matratzen.  
Reelle Bedienung. Solide Preise.

## Bier.

Aus der Dampfbräuerei von Th.  
Fothöter in Jever empfehle Bier in  
Fässern per Liter 20 Pf., feines Tafelbier  
33 Flaschen 3 Mk., bio. nach Wilkener Art  
30 Flaschen 3 Mk., feines Tafelbier, dunkel,  
bayerisches Gebräu, 27 Flaschen 3 Mk.  
Zugleich empfehle ich den Herren Wirthen  
mein Lager von Külliger

### Kohlenjäure

in Flaschen von 10 Liter, à Flasche 10 Mk.

Ferner empfehle ich mein großes Lager

abgelagerter Cigarren

in Preislagen von 2<sup>1/2</sup>, 3, 3<sup>1/2</sup>, 4, 5, 6,

sowie feinere Sorten, steigend bis zu 15 Mk.

J. Fangmann.

Bismarckstraße 59.

Wein komplet eingerichtetes

Schuhwaaren = Lager

halte bei billiger Preisstellung bestens  
empfohlen. — Anfertigung nach Maß  
sowie Reparaturen in feiner und guter  
Ausführung schnell und billig.

A. G. Janssen, Schuhmacher,  
Marktstraße 28.

## Möbel

aller Art

liefert zu den billigsten Preisen unter  
Garantie guter Ausführung

Gustav Henkel,

Möbelgeschäft,

Wilhelmshaven, Börsenstraße 24.a.

## Pfand- u. Leihgeschäft

verbunden mit

An- und Verkauf

von neuen und getragenen Kleidungsstücken,  
Möbeln, Betten, Velocipeden und Näh-  
maschinen, Teppichen, Uhren, Gold- und  
Silberfachen, Schuh- u. Stiefel- waaren usw.

A. Jordan, Bant,

Neue Wilhelmshavenerstr. 22.

## Konfirmanten - Kostüme

werden elegant und billig angefertigt.

Frau Benze, Böttcherstraße,  
in der Nähe der Eisenbahnbrücke.

## Gesucht

ein zuverlässiger Bäckergehilfe.  
H. Oldenburg, Bäckermeister.

## Ein freundl. Logis

auf sofort oder um 1. Mai zu vermieten.  
C. Redlich, Raferentstr. 4,  
Wilhelmshaven.

## Gutes Logis

für zwei junge Leute.  
Frau Kühn, Grenzstr. 82.

## Zu vermieten

zum 1. Mai eine Oberwohnung, be-  
stehend aus 4 Räumen nebst Zubehör.  
F. Sädick, Bant, Abolstr. 15, S.

## Zu vermieten

zum 1. Mai d. J. eine dreizimmerige Ober-  
wohnung mit Keller, Stall und sonstigem  
Zubehör.

Chr. Eggerichs, Grenzstr. 73.

## Zu vermieten

zum 1. Mai Grenzstraße 3 eine Ober-  
wohnung sowie ein unmöbl. Zimmer.  
C. Oder, Altestraße 17.

## Für Schuhmacher!

Eine Original-Singer-Glinder-  
Nähmaschine preiswürdig zu verkaufen.  
Neubremen, Mittelstr. 11.



## Trauer - Kränze

von Metall in großartig schöner Aus-  
führung; ebenso Blattkränze von 20 Pf.  
an bis zu den feinsten.

Einzelne Blumen u. Blüten  
empfiehlt zu äußersten Preisen.

H. Sibegrad,  
Bant, Werftstraße.

Empfehle

## Faß- und Flaschenbier

in Gebinden von 10—100 Liter à Liter  
20 Pf., Flaschenbier: 36 Flaschen für 3 Mk.  
Wiederverkäufer Rabatt.

H. Bruns,

Bismarckstraße 14.

## Das Pfand- und Leih-Geschäft

von  
J. H. Paulsen,

Bant, verl. Koonstraße,

empfiehlt sich zur Annahme von Möbeln,  
Betten, Uhren, Gold- und Silber-Sachen,  
Herren- und Damen-Garderoben,  
— sowie —

sonstigen Gegenständen aller Art.

Visitenkarten werden in hochfeinster  
Ausführung angef. in  
der Buchdr. des „Nordd. Volksblattes“.

# Größtete Bismarckstraße 6

ein

## Spezial-Geschäft

### in Damen- und Mädchen-Mänteln.

Durch Verbindung mit den ersten Geschäften bin ich in der Lage, stets das Modernste zu bringen, und selbst den weitgehendsten Ansprüchen zu genügen.

Hochachtungsvoll

# Herm. Meyer.

Das Konfektions-Haus ersten Ranges

## Julius Schiff,

(H. Philipson Nachfolger)

12 Bismarckstrasse

Bismarckstrasse 12

bietet die größten Vortheile!

Große Bahnsendungen

### neuer Regen-Mäntel

sind eingetroffen und weitere größere Lieferungen erwarten in den nächsten Tagen. Von heute ab täglicher Eingang der besten Fabrikate auf diesem Gebiete.

Es sind und bleiben:

Die Auswahl die grösste und geschmackvollste!

Die Waaren die besten!

Die Preise die niedrigsten am Orte!

Wegen Vergrößerung und Umbau meines Hauses will ich mit meinen enormen Herren-, Damen- und Kinder-Konfektionslagern soviel als möglich räumen und stelle ich daher von heute ab sämtliche vorzügliche Waaren zu ganz niedrigen Preisen zum



## Ausverkauf!



Eine derartig günstige Gelegenheit zum Einkauf neuerster und tadelloser Sachen wird den verehrten Herrschaften von Wilhelmshaven und Umgegend wohl nie wieder geboten werden.

Eine Partie doppeltbreiter

## Kleider-Zeuge

in allen Farben empfiehlt

à Meter 60 Pfg.

Wilh. Blau, Neubremen.

Schwarze

## reinwollene Cademirs

100 Centimeter breit, in guter grüßiger Waare, per Meter von 80 Pf. an.

Wilh. Blau, Neubremen.

## RED STAR LINE.

### Directe Kgl. Belgische Postdampfschiffverbindung

#### von Antwerpen nach New-York und Philadelphia

jeden Sonnabend und Mittwoch.

Die Königl. Belgischen Postdampfer sind mit die grössten und bequemsten Schnelldampfer, sehr fein eingerichtet, beste Behandlung und Beköstigung der Passagiere von allen Linien. Seit 20jährigem Bestehen hat die Rothe Stern-Linie noch keinen Menschenverlust zu verzeichnen.

Directe Billets nach allen Plätzen Amerikas. Alles Nähere durch den Haupt-Agenten für Holland

Joh. Denekamp, Neuschanz.

NB. Für Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Hannover, Schleswig-Holstein u. s. w. ertheilt bereitwilligst und unentgeltlich nähere Auskunft

O. Paetz, Bant-Wilhelmshaven, Nordstrasse.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Duden; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Panorama international.

Göterfir. 15. Diese Woche: 15, Göterfir.

## Frankreich

### 1870 71.

Entree 30 Pfa., Kinder 20 Pfa.

Geöffnet von Morgens 10 bis Abends 10 Uhr.

### Neue Mädchen-Regen-Mäntel und Jacketts

zu mäßigen Preisen.

## B. H. Bührmann,

### Wilhelmshaven.

Für Konfirmanden

empfehle

### schwarze u. colorirte Kleiderstoffe

in schöner Auswahl sehr billig.

A. Schwarting, Ulmenstr. 21.

Letzte Sendung neuerer

### Regen- u. Promenaden-Mäntel

eingetroffen.

## B. H. Bührmann,

### Wilhelmshaven.

Bettfedern

Bettinlettis

Dauenslöper

Bettbezugstoffe

Bettstuhlleinen

Sandtücher 2c. 2c.

empfiehlt billigt

## A. Schwarting,

Ulmenstraße 21.

Stets eine große Auswahl

## Kinderwagen

auf Lager; Abzahlungen gestattet.

## Gustav Junge,

### Bant, Weststraße.

## Patent-Roller

(selbstthätige Rouleaurstangen).  
Alleinverkauf bei

## J. Freudenthal,

### Marktstraße 27.

# Beilage zu Nr. 22 des Norddeutschen Volksblattes.

Sonntag, den 19. Februar 1893.

## Glossen zur Zukunftsstaats-Debatte im Reichstage.

IV.

Die ganze Entwicklung würde gegen ihre ureigensten Gesetze verlaufen und selbst unmöglich werden, wenn sie nicht dahin ginge, diesen Zustand zu beseitigen, das Kapital zum dienenden Arbeitsinstrument zu machen, damit Jeder das als Eigentum besitze und genieße, was er selbst ehrlich erarbeitet hat.

Sehen Sie, Herr Eugen Richter, Sie spießbürgerlicher Schwadroner, das ist die Lösung der Lohnfrage im sog. „Zukunftsstaate“, — der Lohnfrage über die Sie in glücklichster Unwissenheit sich befinden, indem Sie behaupten, Lohnarbeit habe es stets gegeben und werde stets geben müssen. Der Gang der Entwicklung richtet sich gegen den anarchischen Sozialismus des Kapitalismus, wie er heute besteht; sie läuft dahin hinaus, die künstliche Produktivität des Kapitals aufzuheben und die natürliche Produktivität der Arbeit zur Geltung zu bringen. Treßend sagt ein neuer sozialwissenschaftlicher Schriftsteller, Geheimrath Professor Dr. Settemann: „Die moderne Sozialökonomik kann sich nicht aufreiben geben mit dem einschläfernden Grundsatze: diese Welt ist die beste Welt, was ist, ist gut; sie erachtet die bestehenden sozialen Einrichtungen für ebenso reformbedürftig, als die Gesellschaftsordnungen der Sklaverei und Feudalherrschaft einer hinter uns liegenden Zeit. Die Sozialpolitik verlangt daher die Anerkennung des allgemeinen Gesetzes der Entwicklung für das soziale Leben der Völker und die Abheilung der Uebel, welche heute das soziale Kollektivleben der zivilisirten Nationen vergiften.“

Unsere herrschenden Parteien lägen, wenn sie behaupten, daß auch die dieses Gesetz der Entwicklung anerkennen. Sie widerstreben demselben geradezu, indem sie die Quelle, die Ursachen der sozialen Uebel verheißigen. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie haben sie sich vor einigen Jahren dazu bequemt, eine „Sozialpolitik“ in's Werk zu setzen. Aber dieselbe ist auf die Täuschung der Massen berechnet, die man mit einigen Brosamen glaubt beschwichtigen zu können, um sie desto fester an das herrschende Sonderinteresse zu fesseln.

Darin zeigt sich der charakteristische Grundzug der sozialdemokratischen Ideen, daß sie, im bewußten Gernutze zu jener fatalistischen, blindglaubigen Gesellschaftslehre, welche die Gesetze der Menschheit, die notwendigen Umänderungen äußerer Zustände sich „ganz von selbst“ und ohne unser Zutun vollziehen lassen will, — die Menschheit über das Geschickene und Gegebene hinaus auf eine bessere, ideale Zukunft hinweisen; daß sie das Selbstvertrauen der Menschen, die Macht, für etwas Besseres und Vollkommeneres mit Erfolg zu streben, fähig und fördern; daß sie Alles in Allem ihre Ziele nicht in die mit all ihren Institutionen faul und morisch gewordene Vergangenheit und Gegenwart, sondern in eine durch ununterbrochene Kultur und Anstrengung herbeigeführte Zukunft verlegt.

Es ist lächerlich, darüber zu streiten, ob in den sozialdemokratischen Theorien ein festes und alsbald zu verwirklichendes System der Nationalökonomie und der Gesellschaftsordnung zu erblicken sei. Das Ausblicksgebende ist, daß man es hier mit allgemein leitenden Ideen zu thun hat, die das in der Zukunft liegende rechte Ziel zum ersten Male von einer neuen Seite, von der der Arbeit, vor Augen rufen. Und deshalb sind die Vertreter der herrschenden Interessen auf diese Ideen so wahrhaftig schlecht zu sprechen. Sie fühlen die unbegreifliche Macht, mit der dieselben siegreich sich ausbreiten; sie fühlen, daß die bestehende Gesellschaftsordnung in all ihren Fugen erbebt; sie sehen, wie eine Stütze dieser Ordnung nach der anderen vermorcht und bricht. Da klammern sie verzweiflungsgevooll sich an Vorurtheil und Lüge; sie konstruieren sich zur „Beschredung der Masse“ einen „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ und fragen dann die Sozialdemokraten: „Wie könnt, wie wollt Ihr diesen Staat verwirklichen?“ Das ist der politische Narsch höchster Trunp!

Gegen die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen haben die Herren Richter, Badem u. auf die „Erfahrung“ sich berufen. Die „Erfahrung“, so meinten sie, widerstreite diesen Ideen und dieselben hätten deshalb mit der Wissenschaft nicht gemein, es sei „wissenschaftliches Pfluchwerk“, das sich darin offenbare. Diese ordnungs-parteiliche Grobthätigkeit und Arroganz in's rechte Licht zu stellen, mögen folgende Sätze dienen:

„Die Idee ist ganz richtig, welche als Vorbild aufstellt, die Verfassung der Menschen der möglichst größten Vollkommenheit immer näher zu bringen. Denn, welches der höchste Grad sein mag, bei welchem die Menschheit stehen bleiben müßte, und wie groß also die Klut, die zwischen der Idee und ihrer Ausführung übrig bleibt, sein möge, das kann und soll Niemand bestimmen, eben darum, weil es Freiheit ist, welche jede angegebene Grenze überschreiten kann. Es ist höchst verwerflich, die Gesetze über Das, was gethan werden soll, von Demjenigen herzunehmen oder dadurch einschränken zu wollen, was gethan wird. Nichts kann Schädlicheres und Unwürdigeres erfunden werden, als die pöbelhafte Verurteilung auf vorgebliche, der Verwirklichung der Idee widerstehende Erfahrung.“

Wenn wir diese Sätze im Reichstage wurden ausgesprochen haben, ohne ihren Verfasser zu nennen, Herr Richter hätte ohne Zweifel sein arrogantes Lächeln auf-

geleckt und gemeint: „Das führt von einem „wissenschaftlichen Pfluchwerk“ her.“

Nun, der „Pfluch“ heißt Immanuel Kant, gepriesen als einer der größten Denker unserer Nation und aller Zeiten.

Die Masse des ehrlichen arbeitenden Volkes, die nicht das geringste Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung hat, wird die pöbelhaften Angriffe, denen unsere Sache in diesen Tagen im Reichstage ausgelegt war, nach Gebühr zu beurtheilen wissen. Die stüßige Zukunftsstaats-Debatte ist die geistige Bankrot-Erklärung der herrschenden Gesellschaft.

## Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom Sonnabend den 11. Februar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung des Reichstages zur Verwirklichung der Verfassung des Reichs (wegen betrügerischer Geschäftsmanipulationen in seiner Eigenschaft als Direktor der Straßburger Bodenrehabilitationsgesellschaft zu erziehen).

Reichstagspräsident Hr. v. Bötticher (Ztr.) befragte vor dem Rathe der Kommission, inwiefern er bereit wäre, daß ein solcher Fall bis jetzt noch nicht vorgekommen sei, und daß es im Interesse des Reichstages liege, wenn die Sache möglichst bald klar gestellt werde. In eine matrielle Erörterung der Angelegenheit, welche zur Strafverfolgung Anlaß gegeben, habe sich die Kommission nicht eingelassen.

Das Haus tritt dem Beschluß der Kommission ohne Debatte bei. Darauf wird die Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern fortgesetzt.

Hr. v. Stumm (Rp.): Die kleinen Nachtheile, welche die Sonntagstrübe für die Industrie mit sich bringt, werden bei Weitem aufgewogen durch die Vortheile für den Arbeiter. Ebenso liegt die Sache im Handel. Hier muß allerdings den zeitlichen Veränderungen Rechnung getragen werden. Die Bestimmungen der Arbeitsordnungen auf staatlichen Betrieben, welche Hr. Hebel so scharf getadelt hat, sind durchaus günstig. Ich habe immer betont, daß die sozialdemokratische Partei keine politische ist. Wenn Sie behaupten, die Arbeitgeber kontrollieren die Wahl ihrer Arbeiter, — es mag ja vorgekommen sein, bei mir ist es nicht vorgekommen. — so lüge ich Ihnen, Ihre Kontrolle ist noch viel schlimmer. Diese Arbeiter stimmen nur für Sie aus Furcht vor dem Doyott. (Hr. Hebel: Das glauben Sie ja selbst nicht!)

Hr. v. Bellmar (Soj.): Es ist bezeichnend für unsere heutige Gesellschaftsordnung, daß man um solche Eigenschaften wie die Sonntagstrübe so schwer kämpfen muß und, wenn man etwas erzwingen zu haben glaubt, von neuem Angriffe erfährt. Es ist so viel in der letzten Zeit vom geistlichen Staat gesprochen worden, und doch sehen wir, daß obwohl das Geistesamt bis jetzt die höchsten Stellen im Lande unangewandt vorsteht, gerade in der Sonntagstrübe die höchsten Nischen herrschen. So stellt sich das Gesetz über die Sonntagstrübe als ein Kompromiß zwischen Geschäft und Religion dar. Und welches Gesetz ist über die geringfügigen Bestimmungen im Lande entstanden, und zwar gerade von Leuten, die politisch sonst ganz indifferent sind. Der letzte Redner ist herausgetreten, und es hat ein Marten und Feigen begonnen, daß einem eitel werden. Ja, wir leben, daß besonders in ultramontanen Kreisen die Bekämpfung der Sonntagstrübe am größten ist. Hier im Reichstage rühmen sie sich, die Sonntagstrübe herbeigeführt zu haben, drücken im Lande aber haben die nicht den Muth, sich der feindlichen Bewusstseins entgegenzusetzen. Rein Wort hat es jemals von einem Christen geäußert, der auf den Reichstagen hingewiesen hätte, im Gegentheil, die Leute schämen sich nicht, die Einführung der Sonntagstrübe den verarmten Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. In den Kreisen ist hier das Donnerwort des Bundespredigers nicht gehört worden. Derselbe Doppelzüngigkeit wie bezüglich der Sonntagstrübe haben Sie ja auch in der Frage der Altersversicherung gezeigt. Das Schlimmste ist, daß die Behörden eine allzu große Nachgiebigkeit gezeigt haben. Somit kümmert sich die Regierung nicht um den Volkswillen, wenn aber im Sinne der Regierung irgend eine Rundgebung kommt, dann heißt es gleich, wir müssen dem Volkswillen Rechnung tragen. Wären die Arbeitervereine mit Theilnahme gekommen, hätte sich kein Reichstag daraus geschlossen. Hier ist namentlich die bayerische Regierung kulturneugierig und sozialwissenschaftlich im Schilde. In Nürnberg war noch das Gesetz 14 stündiger Arbeitszeit für die Naturwissenschaften beantragt. Nach der Bestimmung der Regierung ist die Zeit auf 12 Stunden reduziert worden. Die Aben dürfen von 5—9 und 11—7 offen gehalten werden (Hr. v. Bötticher: Bei den Sozialdemokraten). Für die Gemüthskranke existiert in Oberbayern überhaupt keine eigentliche Sonntagstrübe. In den übrigen Bezirken richtet man sich die Sache möglichst bequem ein, und die Regierung bietet selbst die Handhabe, wie das zu machen ist. Die bayerische Regierung hat, ohne den Reichstag zu fragen, selbst mit einem Freiheitsbrief die Aufhebung der Sonntagstrübe befohlen. Der Regierungspräsident von Schwaben hat dagegen ein Aninnen, Rehnliches zu thun, als ungeschicklich bezeichnet. (Hr. v. Bötticher: Bei den Sozialdemokraten). Die Herren Richter und v. Stumm stimmen hauptsächlich mit dem religiösen Grunde der Sonntagstrübe zu, daß den Arbeitern der Rücksicht nach ermöglicht wird. Wie jedoch aus rein sozialen, rein menschlichen Gründen strikte Durchführung der Sonntagstrübe. Deshalb verlangen wir auch, daß die Arbeiter im Schankgewerbe wenigstens den zweiten bzw. dritten Sonntag frei bekommen. Auch sollte die Eisenbahnverwaltung den Eisenbahnbeamten jeden zweiten Sonntag freigeben. Hr. v. Stumm hat die Bestimmung zu recht fertigen gesucht, monach sozialdemokratische Arbeiter aus Staatsverhältnissen auszuschließen sind. Es wird damit nur bei seinen engsten Freunden Blick haben. Das gesetzliche Recht des Arbeiters auf freie Meinungsäußerung kann nicht von Unternehmer genommen werden. Herr Müller bemerkt ich, daß es mit dem gleichen Recht der Arbeiter bei Abschluß eines Kontrats nicht stimmt; denn der Arbeitgeber hat die Macht in Händen. Das zweite Recht wird gleich nach dem ersten gehen, wenn ein einem Reichstag Sozialdemokraten arbeiten. Das beweisen die Erfahrungen in anderen Staaten. So ist in der Schweiz bei einem Streikfall in der staatlichen Gewerkschaft in Tuzum der sozialdemokratische Arbeiterstreik in das betreffende Schiedsgericht gewählt worden. Auch in der Pariser Arbeiterbewegung sind Sozialdemokraten, und nicht zum Schaden des Staates. Solche inoffiziellen Bestimmungen welche die Regierung befehlen. Wir müssen dem Volke freie Auffassung demjenigen, damit es merkt, daß Sie den Klassenkampf anfechten und schüren. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Hr. v. Pletten (Ztr.): Man kann doch den kleinen Gewerbetreibenden nicht verbieten, daß sie durch die Bestimmungen

über die Sonntagstrübe beunruhigt werden. Denn die Gefahr lag nahe, daß sie einen großen Theil ihrer Rumbiligkeit, nämlich die landwirtschaftlichen Dienstboten, die nur am Sonntag Zeit haben, verlieren könnten. Viele Wünsche der kleinen Gewerbetreibenden waren doch gerechtfertigt. Wäre man diesen Wünschen nicht nachgegeben, so hätte man dem Ausgangswege Vorlauf gegeben. Etwas Ungerechtes ist aber nicht nachgewiesen worden. Herr v. Bellmar hat uns die Religion vorgehalten. Die Religionsänderungen und verincrar mit jeder berechtigten menschlichen Thätigkeit. Wie kann Herr v. Bellmar sagen, und durch den Reform der Doppelzüngigkeit zu befehlen? Wie weisen einen solchen Vorwurf entgegengesetzt zurück.

Hr. v. Bellmer (Fr.): Ich möchte gern bezüglich der Arbeitsordnung nur beiläufig die Bemerkung, daß es jedem Arbeitgeber doch frei stehen müsse, sich seinen Arbeiter zu wählen. Herr v. Bellmar möchte doch aber wissen, daß von einem rein mancherlichen Standpunkt betreffs des Arbeitsverhältnisses bei mir nicht die Rede sein kann. Wenn der private Arbeitgeber die Arbeiter nach dem politischen Glaubensbekenntnis aufnimmt, so ist dies nicht geschnadon, aber es verfehlt nicht gegen das Recht. Ganz anders aber bei den Staatsverhältnissen. Hier ist ein solches Vorgehen ungeschicklich, weil der Staat nicht bloß Arbeitgeber, sondern auch Aufsichtsbefugter ist.

Hr. Dr. Buhl (nat.): Das Gesetz muß in der schonen Weise durchgeführt werden. Die von den Sozialdemokraten getadelten Bestimmungen haben sich streng auf dem Boden des Gesetzes gehalten. Sie sind erlassen worden mit Rücksicht auf die mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. Gest allmählich wird sich der Kaufmann und der Konsument an den Zustand der Dinge gewöhnen, und darum muß langsam vorgegangen werden.

Hr. v. Stumm: Wir führen hier nicht einen Kampf gegen die Arbeiter, wie es vorgekommen wird, sondern gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten, die ebenso wolkendicht Bourgeois sind wie wir. (Heiterkeit). Weber bei mir, noch bei anderen mit bekannten Arbeitgebern wird ein Arbeiter ungerath beandelt.

Hr. v. Stumm: Ich hätte nicht gedacht, wenn ich nicht vom bayerischen Oberregierungsrat Dr. Sandmann persönlich herausgefordert worden wäre. Ich war in Folge meiner häufigen Abwesenheit vom Hause nicht genug darüber informiert, und in Nürnberg noch die Brodordnung, welche die lange Sonntagstrübe von 14 Stunden gestiftet, besteht. Es bestehen in Bayern so viele Brodordnungen, daß es allerdings für den Regierungsvertreter schwer sein muß, sie alle hier zu vertreten. Die Verhältnisse, wie sie in Bayern bezüglich der Sonntagstrübe bestehen, sind allerdings äußerst schlimm. Der Regierungsvertreter hat für Oberbayern die Rücksicht auf das Land als maßgebend für die außerordentlich weitgehenden Ausnahmen erklärt. Wenn der Regierungsvertreter auch, wie ich gerne zu sehen, in vielen Punkten Recht hatte, so hat die bayerische Regierung doch kein Recht, solche Ausnahmen zuzugestehen, sie hätte lieber beim Uebertrage der Aufsicht des Regierungsrat Dr. Sandmann persönlich beantragen lassen, wieviel hätte der zugestimmt. Ich bin ganz entschieden Anhänger der bayerischen Referatsrede, aber in dieser Weise hier noch ein neues Verfügen, das darf nicht sein. Das, was der Abgeordnete v. Bellmar über die Doppelzüngigkeit des Zentrums gesagt hat, kann ich nur voll und ganz unterzeichnen. Die Nationalliberalen machen es aber ebenso. Wenn von den Unannehmlichkeiten der Sonntagstrübe die Rede ist, dann heißt es immer: „Das haben die Sozialdemokraten gefahren.“ Hier wollen Sie sich immer als Wohlthäter des Volkes aufspielen, aber brauchen zu vertreten, was Sie hier drängen haben, dazu haben Sie nicht den Muth. Herr v. Pletten hat sich hier ungeschicklich geäußert: „Den Sonntag heiligen, das wollen wir; aber wenn es Geld kostet, nicht.“ Die Hausierer haben in Bayern nicht zugestimmt, sondern angenommen. Herr Buhl hätte am liebsten die Oberbayern zu Heide zu machen, denn die Hausierer sind zum größten Theil Pfälzer. Wenn er aber sagt, die Sozialdemokraten hätten den Unfrieden zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeigeführt, so lüge ich: Das ist nicht wahr, wir machen nur auf die bestehenden Zustände aufmerksam, wie unterthänig die Arbeiter, deren Rechte von den Unternehmern verletz werden. Freieren v. Stumm hält Redner, ähnlich wie Hr. v. Bellmar vorher, vor, die es ihm gefallen möchte, wenn die Arbeiter ihm gegenüber den Spieß umdrehen und ihm das Heirathen verleben würden, weil bei der Begründung seiner Familie sich sein Bedarf und damit seine Stellung zur Ausbeutung der Arbeiter streigt. Sie wissen, so sagt er zu Stumm, daß die Arbeiter es nicht können, und weil dies es nicht können, so ist die Heirath ein unmögliches, eine Unthatsache. Wenn die Arbeiter dasselbe thäten, wie Sie, Herr v. Stumm, so würden Sie sicher von einer Schinerkammerkammer sprechen.

Hr. v. Stumm: Ich habe die bayerische Regierung nicht unterzeichnet, daß die Zahl der Rasttage eine beschränkte sei, und daß die Sanbleute auf den Einfall am Sonntag angewiesen seien.

Hr. v. Stumm: Ich habe die bayerische Regierung nicht unterzeichnet, daß die Zahl der Rasttage eine beschränkte sei, und daß die Sanbleute auf den Einfall am Sonntag angewiesen seien.

Hr. v. Stumm: Ich habe die bayerische Regierung nicht unterzeichnet, daß die Zahl der Rasttage eine beschränkte sei, und daß die Sanbleute auf den Einfall am Sonntag angewiesen seien.

Hr. v. Stumm: Ich habe die bayerische Regierung nicht unterzeichnet, daß die Zahl der Rasttage eine beschränkte sei, und daß die Sanbleute auf den Einfall am Sonntag angewiesen seien.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Hrn. Grillenberger, Dr. Buhl und Hrn. v. Stumm verliert das Haus die Beratung auf Dienstag.

## Parteinachrichten.

Cultung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten ein:

a) Anfreiwilligen Beiträgen:

- Kaden 100.—, Altenburg inkl. Eisenbahn 17.00, Berlin, Bahlfreie: 1. Kreis 100.—, 2. Kreis 600.—, 4. Kreis: Süßhof 460.95, 5. Kreis 100.—, 6. Kreis: Drantenburger Str. 147, 7. Kreis: 982.85, Schönhauser Str. 184.70, Kolonnenberg 213.20, Roabst 50.—, Berlin, bin. Beitr.: 1. S. 100.—, 2. S. 100.—, Noth's Buchbinder aus der Grünstraße 10.—, Dr. 2. K. 20.05, Von den Arbeitern der Firma E. u. S. 20.00, W. Straße 40.—, Gesangsverein „Liederkreis“ 30.—, 3. S. 42 3.50, Amerikanische Kullion 2.—, Noth's Beiden 10.—, Andreas B. 20.—, Bayernsere Zone, Drantenburger 1.50, R. B. 75, 3. S. 25.—, Noth's Schar 90.—, Eisenbahn bei Noth's Buch 3.—, Kottbuscher, Kottbuscher 7.—, Bergmann bei „Bergmanns“ 900.—, Dr. D. 30.—, K. E. 3.—, Raufe 5.—, S. E. M. 5.25, Vom Trufel 5.—, 3. S. 3. Franzosen Str. 2.—, Durch freie 6. S. Geburt. Wirt. 2.50, Gef. 5. S. Kl. 10.00, unfere Freundes 2. S. bei D. S. 4.05, Ungenannt 1.—, D. Langstr. 10.—, Kaufklub „Blaue Waare“ 3.—, Reichsanwaltsbezugs bei Tempel 6.30, Reize aus der Söhner Schweiz 1.25, D. B. 53 5.—, Gelammelt bei R. und D. durch St. 40.—, Gesangsverein S. E. 30.—, Ein Festsitz 2.40, Ein Rahlhaus 7.25, Düstall i. Th. R. D. 3.—, ardy a. G. 15.—, Bremerhafen, Noth's Brüder 2.05, Bremerhafen, von den Noth's B. 20.—, Bergliche Männergesangsverein 1881 60.—, Sings, gemeinsam in Radeheim 1.50, Darnen 100.—, Bremen S. B. 5.—, Charlottenburg, W. R. 5.—, Noth's, Radeheim, 333 6.50, Dresden, Noth's Cato 3.—, Dresden, Gering einer Christbaumaktion 15.50, Dresden, Noth's Photographen und Steindruck, gemeinsam im Cafe König 5.—, Döben, durch S. 10.—, Eppenroth, Spaulus Freiheit 20.—, Gersfeld in Sachsen 15.—, Eberfeld, von einem Reubauer 1.—, Erlangen 10.—, Eisenhof, gel. auf einem munteren Familienabend

